

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Caschirischen 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. (zusätzlich Abzug 3 Pf.). Alle Subskribenten erhalten gratis eine Anzahlung von 50 Pf. (ausgenommen die Mitglieder des Vereins für den Wilsdruff u. Umgegend). Einzelnummern 10 Pf. (ausgenommen die Mitglieder des Vereins für den Wilsdruff u. Umgegend). Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendungen einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Werte drüben.



Verkaufspreis: Die halbjährliche Raumzeit 20 Goldpremie, die 2-jährige Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpremie, die 3-jährige Raumzeit 30 Goldpremie, die 5-jährige 50 Goldpremie. Anzeigenpreise: Der Anzeigerpreis für die ersten 3 Zeilen im ersten und zweiten Absatz 100 Goldpremie, für die folgenden 20 Zeilen 70 Goldpremie, für die folgenden 40 Zeilen 50 Goldpremie, für die folgenden 60 Zeilen 40 Goldpremie. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Besondere Anzeigenpreise für die Mitgliederversammlung des Vereins für den Wilsdruff u. Umgegend. Jeder Anzeigerpreis enthält die Anzeigergebühr und die Abdruckgebühr. Der Anzeigerpreis ist einmalig zu bezahlen. Rücksendungen einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Werte drüben. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 20. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff = Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonnabend den 24. Januar 1925

## Des Kanzlers zweite Rede.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über des Reichskanzlers zweite große Erklärung geschrieben:  
Ursprünglich war vorgesehen worden, daß der Reichskanzler erst am Ende der großen Aussprache noch einmal das Wort ergreifen würde, um seine Erklärung vom letzten Montag in Einzelheiten zu vervollständigen, sich zu dem zu äußern, was die Gegner gegen ihn vorgebracht hatten. Nun hat er aber schon am Schluß der ersten Rednergarnitur Mittwoch abend im Reichstag eine längere Rede gehalten, die jener Aufgabe gerecht wurde. Vielleicht ist das, was der Kanzler sagte, doch noch wichtiger als die eigentliche Regierungserklärung vom Montag. Der Kanzler hat zunächst einmal festgestellt, daß wir nach der Londoner Konferenz keinen Anlaß hatten, daran zu zweifeln, daß die östliche Zone am 10. Januar geräumt werden würde. Das sei zunächst insofern ein Erfolg gewesen, als die Räumung zwar von dem Ergebnis der militärischen Entwaffnungskontrolle abhängig gemacht, damit aber gleichzeitig festgestellt war: Die Räumungsfrist in Lausanne. Also die französische Forderung, daß der Versailler Vertrag erst von dem Augenblick an hinsichtlich der Verpflichtungen der Entente in Kraft trete, wenn Deutschland seine Pflichten restlos erfüllt habe, ist unrichtig. Und immer und immer wieder ist bei den Regierungen der Entente Länder darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir die rechtzeitige Räumung als selbstverständlich betrachten.

Hätte der Kanzler mit Befriedigung feststellen können, daß sich gegen sein außenpolitisches Programm kaum ein Bedenken, kaum ein Tadel, kaum anderweitige Abfäße geltend gemacht hätten, so würde das naturgemäß ganz anders, als er sich zu den innerpolitischen Fragen wandte. Der demokratische Abg. Koch hat mehrere Fragen an Dr. Luther gestellt, die sich auf das Verhältnis des Reichskanzlers bzw. seines Kabinetts zur republikanischen Staatsform und ihrer Verteidigung bezog. Die Erklärung, die Dr. Luther gab, ist fest, daß gegenüber der vaterländischen Bewegung, soweit sie sich nicht irgendwie putschförmig betätigt, seitens des Staates ein Grund zum Eingreifen nicht vorliegt. Es erregte Aufsehen, daß Luther erklärte, man beschönige keine Förderung dieser Verbände, wohl aber begrüße man die vaterländische Bewegung.

Die Art und Weise, wie Luther auf die innerpolitische Konstellation eingieng, kennzeichnet den Mann und das was er will viel tiefer, als es die Regierungserklärung vom Montag vermochte. Luther legt stärksten Gewicht darauf, Arbeit zu leisten. Die Möglichkeit dazu ist gegeben. Es hies ja an unserer Staatsform verzweifeln, wenn wir nicht die Möglichkeit finden sollten, praktische Arbeit zu leisten, wenn wir auch in den Grundstimmungen verschieden denken.

Staatsform — den Reichskanzler dünkt unabweisend, daß die Form allzu schroff und allzu hart als Baubewort gebrauch wird. Daß weniger das Wesen, vielmehr die äußere Form als Banner aufgeführt wird. Im Kabinett jedenfalls will man von Auseinandersetzungen über diesen Gegenstand nicht das geringste wissen. Man hat die Sache dadurch erledigt, daß man beschlossen hat, die Staatsform nicht zu ändern. Damit können alle Kreise zufrieden sein. Denn auch die Gegner der heutigen Staatsform sind sich klar darüber, daß auf verfassungsmäßigem Wege an sich des Reichstages irgendeine Änderung der Staatsform nicht möglich ist. Dr. Luther sprach frank und frei die Ansicht aus, praktische Arbeit zu leisten, aber keine theoretischen Erörterungen und Auseinandersetzungen zu treiben. Warum soll er also sich mit Fragen beschäftigen, deren praktische Lösung zurzeit unmöglich ist und die nur theoretisches Interesse haben. Man hat ihm immer eine gewisse Mächtigkeitsucht vorgeworfen. Gerade diese Mächtigkeitsucht des Höchsterantwortlichen für unser Schicksal ermöglicht ihm aber den klaren ungetriebenen Blick für das uns Notwendige. Und hierin praktische Arbeit zu leisten, ist sein Wille, ist der Hintergrund zu seinen Worten. Das ist sein Wollen. Und es ist festzustellen, daß diese nüchterne Auffassung von den Erfordernissen des Tages ihre Wirkung auch auf jene Parteien nicht verfehlt hat, die ihm als Gegner gegenüberstehen. Auch die demokratische Partei, die nicht zur Koalition gehört, schaut nach den Worten ihres Führers Koch zu urteilen jetzt entschlossen zu sein, dem neuen Kabinett die Arbeit nicht von vornherein unmöglich zu machen. Nicht unmittelbar, aber doch deutlich zu verstehen, hat Dr. Luther die Forderung gestellt, ihn nicht gleich abzurufen, sondern ihn erst einmal zeigen zu lassen, was er leisten will. Nur nach seinen Taten soll man ihn beurteilen.

Wenn Luther das Billigungsvotum ausgesprochen erhält, so will er das nicht als Vorschulorbeer betrachten. Er wies darauf hin, daß er kein undeschriebenes Blatt mehr sei. Was aber auf diesem Blatt steht, ist wohl geeignet, der Arbeit dieses Mannes mit Erwartung entgegenzutreten.

## Billigung der Regierungserklärung.

Mit 246 gegen 160 Stimmen.

Deutscher Reichstag.

(II. Sitzung.) OB. Berlin, 22. Januar.  
Das Haus setzte die Debatte über die Erklärung des neuen Kabinetts fort. Heute kamen die zweiten Redner der Parteien zum Wort, die wohl in den wesentlichen Punkten die Ausführungen der zuerst vorgeschiedenen Redner unterschreiben werden, so daß sich die Berichterstattung etwas kürzer fassen kann. Bei der

Weiterbesprechung der Regierungserklärung nahm zunächst das Wort für die Sozialdemokraten der Abg. Müller-Franken, der den Reichskanzler fragte, wie er seine frühere Versicherung, daß er kein Kampfabrikkett gegen Links bilden wolle, mit der Rede des Abg. Graf Westarp, die eine klare Kampfanfrage gegen die Sozialdemokratie gewesen sei, vereinbaren könne. Der Redner verlangte baldiges Eintreten Deutschlands in den Völkerbund und forderte strengste Untersuchung der Finanzskandale ohne Rücksicht auf Partei- oder Familienzugehörigkeit der Beteiligten. Müller-Franken besprach dabei auch die Korruptionsfälle im alten Regime und erklärte zur Frage der Ausschüßräte, seine Freunde seien bereit, jeder Maßnahme zuzustimmen, die eine strenge Trennung zwischen parlamentarischer und geschäftlicher Tätigkeit bezwecke. Man werde das dann freilich auch auf die Synodist erstrecken müssen. In seiner Fraktion befände sich kein Ausschüßratsmitglied. (Hier rief der nationalsozialistische Abg. Henning dazwischen: „Sie selbst sind es doch.“) Demgegenüber stellte der Redner fest, daß er niemals einem Ausschüßrat angehört habe. Die sozialistischen Abgeordneten Dietmann und Simon-Franken riefen dem Abg. Henning das Wort „Verteufelung“ zu und wurden deshalb zur Ordnung gerufen.) Das Material des Herrn v. Graefe, so fuhr der Redner fort, besäße nur aus längst widerlegten Zeitungsnutten. Abg. Dr. Scholz besprach zwar, daß es sich um ein Bürgerblockkabinet handele. Er möge recht haben, denn die Demokraten sind nicht dabei. Recht eigenartig behauptete er, daß das Kabinett überhaupt die Frage der Staatsform zum Gegenstand eines Beschlusses machen konnte. Dieser Regierung sage keine Partei den „Schärfsten Kampf an.“

Abg. Behrens (Deutschnational) meinte, die Sozialdemokratie stehe der Regierungserklärung ziemlich ratlos gegenüber. Weil sie nichts dagegen einwenden könne, vermute sie die Hintergründe böse Pläne.  
Die neue Regierung verfüge über eine feste Mehrheit.  
Sie stütze sich zwar nicht auf eine feste parlamentarische Koalition, aber das sei vielleicht ihre Stärke. Seine Parteifreunde vertreten den Gedanken der Volksgemeinschaft und möchten sie auf alle Volksgenossen ausdehnen. Hindernis und Störend trete dabei nur die marxistische Massenlehre in den Weg. Seine Partei würde es aufs tiefste beklagen, wenn der konfessionelle Zwiespalt erneuert und ein Anturkampf gepredigt werden sollte. Die Sozialdemokratie habe im übrigen kein Recht, sich als Vertreterin der Arbeiterschaft zu bezeichnen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer stehe heute hinter den Parteien, die in der Regierung vertreten seien. Das Eingringen unerfüllbarer Anträge sei sozialpolitische Schaumerschänerei. Der Redner kam zum Schluß auf die Barmat-Affäre zu sprechen und hob hervor, daß der sozialistische Abg. Dietmann selbst Barmat seinen Freund genannt habe.  
Abg. v. Kardorff (Deutsche Volkspartei) bestritt entschieden, daß seine Partei die letzte Regierungskrise verschuldet habe. Er trat dem Abg. Koch vor, daß er vielmehr die Schuld daran trage, daß es zu keiner aktionsfähigen Regierung gekommen sei. Der Redner stellte dann fest, daß auch verschiedene interalliierte Generale der Abzweigung seien, daß die Entwaffnung Deutschlands vollständig sei.  
Jetzt handelt es sich nicht um die Frage: Republik oder Monarchie, sondern um die Frage: Republik oder Chaos.  
Der Reichstag werde, so fuhr der Abg. v. Kardorff weiter aus, die Finanzskandale gründlich untersuchen müssen.

## Weltabrüstungskonferenz.

Ein Beschluß des amerikanischen Senats.  
Der Senat der Vereinigten Staaten hat, wie aus Washington berichtet wird, am 21. Januar einstimmig durch Jura einen von dem demokratischen Senator King (Utah) eingebrachten Zusatz zum Marinebudget, der die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz fordert, angenommen. Präsident Coolidge wird aufgefordert, alle in Washington durch Diplomaten vertretenen Länder (Australien also nicht) zu dieser Konferenz, die über Einschränkungen der Rüstungen zu Wasser und zu Lande beraten soll, einzuladen. Da der Kongreß und der Präsident dem Antrag zustimmen dürften, wird der Zusatz wahrscheinlich zugleich mit dem Budget Gesetz werden. Die Konferenz würde spätestens für Mai dieses Jahres einberufen werden können.

Präsident Coolidge macht, allerdings dem Senatsbeschlusse gegenüber noch einige Vorbehalte. So will er, daß nur die an der Abrüstung zur See wirklich interessierten Länder zur Konferenz eingeladen werden. Ferner wünscht er keine Erörterung der Abrüstung zu Lande, weil seiner Ansicht nach die Ver-

einigten Staaten als kleinste Landmächte keine Vor schläge machen und deshalb keine Abrüstung anderer Staaten verlangen könnten. Einverständnis der Präsident dagegen mit einer Besprechung der Frage der Verwendung giftiger Gase. Er steht auch dem Plan, den Gaskrieg für ungesetzlich zu erklären, sympathisch gegenüber.

Zwischennote der Alliierten über Köln. Verzögerung der Entscheidung.  
Nach Londoner Meldungen sind die alliierten Regierungen und besonders England geneigt, eine weitere vorläufige Note nach Berlin zu senden, die auf die von Stresemann vorgebrachten Gründe und Anfragen in allgemein gehaltenem Sinn antworten würde. Auf diese Weise werde Zeit für eine eingehende Erörterung des Berichts der Kontrollkommission zwischen den alliierten Regierungen gewonnen werden, bevor über den genauen Wortlaut der endgültigen Note an Deutschland eine Entscheidung gefaßt wird. Frankreich soll nach wie vor darauf bestehen, eine Liste der Entwaffnungsverpflichtungen Deutschlands aufzustellen, während England für eine allgemein gehaltene Note eintritt.

Das Abstimmungsergebnis war folgendes:	
Abgegeben	445 Stimmen.
Mit Ja stimmten	246,
mit Nein stimmten	160,
Stimmverhältnisse	39.

Damit ist das Billigungsvotum angenommen. Die Mißtrauensanträge sind erledigt.